

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion
der Fraktion DIE LINKE

zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern“ (DS 5/1165)

Familienfreundliche Landesverwaltung

Der Landtag möge beschließen:

Die Belange einer sich verändernden Gesellschaft müssen sich auch in der Arbeitswelt wiederfinden. Die Behörden des Landes Brandenburg werden aufgefordert, ihre Möglichkeiten einer mitarbeiter- und familienbewussten Personalführung zu prüfen und auszubauen.

1. Sie sind angehalten, sich den Ansprüchen einer alternden Belegschaft zunehmend zu stellen und dahingehend angepasste Arbeitsplatzbedingungen zu entwerfen. Dies gilt für den Arbeitsplatz als solchen, als auch für die Einsatz- und Aufgabengebiete.
2. Sie werden aufgerufen, die Vereinbarkeit von familiären Pflichten mit der Arbeitswelt zu sichern. Der Fokus ist auf Beschäftigte mit Kindern und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit pflegebedürftigen Angehörigen gerichtet. Noch nachhaltiger ist es allerdings, die Maßnahmen in ein personalpolitisches Konzept einzubinden, das die berufliche Biografie der Beschäftigten während ihrer Betriebszugehörigkeit im Auge hat. Vorgesehen sind Angebote und Maßnahmen, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern. Dies kann geschehen unter anderem indem, die Arbeitszeit weiter flexibilisiert wird, Telearbeit und andere Möglichkeiten mobilen Arbeitens ausgeweitet werden und Beratung sowie Angebote zur Kinderbetreuung und zur Pflege verbessert werden. Das Erlangen des Zertifikats audit berufundfamilie kann wesentlicher Ansporn zur Förderung familienbewusster Personalpolitik sein.
3. Die Ministerien werden um schriftliche Berichterstattung an den Landtag bis 1.11.2010 über Umsetzungsstand und geplante Maßnahmen in ihrer Behörde und die Ihnen unmittelbar unterstehenden Landesbehörden hinsichtlich oben genannter Sachverhalte gebeten.

Begründung:

Die Ministerien des Landes Brandenburg und die oberen Landesbehörden haben eine besondere Vorbildfunktion für Brandenburger Unternehmen im Sinne einer ausgeprägten sozialen Verantwortung für die Mitarbeiter. Die Berücksichtigung von Arbeitsplatzbedürfnissen und die Balance zwischen Arbeit und Privatleben sind entscheidende Grundlagen für Zufriedenheit und Leistungsfähigkeit, sowohl für Beschäftigte als auch Unternehmen. Dieses Engagement ist ein Investment in die Zukunft.

Angesichts des demografischen Wandels stehen auch die Landesministerien vor Herausforderungen. Auch die Landesbehörden müssen attraktive Arbeitgeber sein, um dem Risiko des Fachkräftemangels vorzubeugen. Daher gilt es eine mitarbeiter- und familienfreundliche Personalpolitik konsequent weiterentwickeln. Zum Einen erscheint die Einrichtung von Arbeitsplätzen und Arbeitsfeldern, die an die Bedarfe einer alternden Belegschaft angepasst sind, unabdingbar. Zum Anderen spiegeln die Motive für die Einführung von familienfreundlichen Maßnahmen wider, dass sich Arbeitgeber der Bedeutung ihrer Beschäftigten für den Unternehmenserfolg bewusst sind. Schon heute setzen viele Arbeitgeber auf Maßnahmen zur Flexibilisierung von Arbeitszeiten und Arbeitsort. Deutlich zugenommen hat in den letzten Jahren die Unterstützung von Eltern beim Wiedereinstieg. Gleichzeitig ist vor dem Hintergrund der wachsenden Zahl von Berufstätigen, die sich um ältere Angehörige kümmern, das Thema Beruf und Pflege in den Fokus gerückt. Das Zertifikat audit berufundfamilie kann auf dem Weg zur gelungenen Vereinbarkeit von Beruf und Familie Ansporn und Managementinstrument sein. Damit werden nicht nur bereits umgesetzte Maßnahmen begutachtet, sondern auch das betriebsindividuelle Entwicklungspotenzial aufgezeigt und weiterführende Zielvorgaben festgelegt. Die Weiterentwicklung der Familienfreundlichkeit in der Behörde wird zu einem kontinuierlichen Prozess.

Dr. Dietmar Woidke
für die SPD-Fraktion

Kerstin Kaiser
für die Fraktion DIE LINKE